

DR. AGRAR. EVA GELINSKY

Im Auftrag der Interessengemeinschaft  
für gentechnikfreie Saatgutarbeit

# BIOPATENTE UND AGRARMODERNISIERUNG

---

PATENTE AUF PFLANZEN UND IHRE MÖGLICHEN  
AUSWIRKUNGEN AUF DIE GENTECHNIKFREIE  
SAATGUTARBEIT VON ERHALTUNGS- UND  
ÖKOLOGISCHEN ZÜCHTUNGSORGANISATIONEN

Mit der freundlichen Unterstützung von



Vierzehn Jahre nach Verabschiedung der EU-Biopatentrichtlinie sind Biopatente in Europa nach wie vor äußerst umstritten. Neben ethischen und wissenschaftlichen Einwänden werden zunehmend soziale und wirtschaftliche Gründe vorgebracht: Patente können – besonders im Bereich der Landwirtschaft und Pflanzenzüchtung – den Zugang zu genetischen Ressourcen erschweren, zum Teil blockieren. Forschung und Entwicklung können behindert werden, in der landwirtschaftlichen und züchterischen Wertschöpfungskette können unverhältnismäßig hohe Kosten entstehen. Auch Erhaltungsinitiativen und ökologische Züchtungsorganisationen, die das Ziel verfolgen, gentechnikfreies Saatgut dauerhaft zu sichern und zur Verfügung zu stellen, sind von diesen Entwicklungen betroffen.

Die vorliegende Studie wurde im Auftrag der Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut) erstellt. Die erarbeiteten Grundlagen sollen dabei helfen, die Auswirkungen von Biopatenten auf den Bereich der gentechnikfreien Saatgutarbeit einzuschätzen und den kritische Biopatentdiskurs zu unterstützen.

Der erste Teil der Studie (Kapitel 2-4) gibt einen Überblick über die Entwicklung sowohl des öffentlich-rechtlichen als auch des privatrechtlichen Schutzes im Bereich Pflanzenzüchtung (Sorten- und Patentschutz in Deutschland, Österreich und der Schweiz). Der historischen und politisch-ökonomischen Einordnung liegt die Annahme zugrunde, dass die gegenwärtige Verschärfung des Sortenschutzes und die Ausweitung der Patentierung im Zusammenhang mit einem *landwirtschaftlichen Modernisierungsprogramm* stehen. Beim Sorten- und Patentschutz handelt es sich also nicht um rechtliche („technische“) Regulierungen, sondern es sind juristische Mittel einer (agrar-)politischen Strategie, die darauf zielt, die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette kapitalistisch („industriell“) zu organisieren. Der Ländervergleich macht deutlich, dass die konkrete Ausgestaltung der Modernisierungspolitiken und –pfade abhängig ist von den jeweils herrschenden Markt- und Konkurrenzbedingungen, der Agrarstruktur sowie den politischen Machtverhältnissen.

Der zweite Teil der Studie (Kapitel 5) stellt die aktuelle Situation der Biopatente dar, wobei der Schwerpunkt auf Patenten im Bereich der konventionellen Pflanzenzüchtung liegt. Sowohl Entwicklungen in Naturwissenschaft und Technik (Gentechnik als Türöffner für Patente in der Pflanzenzüchtung) als auch die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft haben seit dem Ende der 1970er Jahre zu einer Angleichung der nationalen Agrarpolitiken und der rechtlichen Rahmenbedingungen geführt. Neben der ökonomischen Begründung für Patente, behandelt Kapitel 5 unter anderem die gegenwärtige Rechtssituation, die Zusammenhänge zwischen der internationalen (UPOV 1991, CBD, TRIPS), der EU- sowie der nationalen Ebene, thematisiert Probleme in der Anwendung des Rechts und geht auf den kritischen Biopatentdiskurs ein.

Der dritte Teil der Studie (Kapitel 6) diskutiert mögliche Auswirkungen auf die Arbeit von ökologischen Züchtungsorganisationen und Erhaltungsinitiativen. In diesem Zusammenhang wird auch ein erster Präzedenzfall – ein Patent auf eine konventionell gezüchtete Sonnenblume – dargestellt, der Einfluss auf ein laufendes Biozüchtungsprojekt haben könnte.

Im vierten Teil (Kapitel 7) werden einerseits Ansätze vorgestellt, die sich im- oder explizit als Alternativen zur Biopatentierung verstehen wie z. B. *Open Source*- und Allmend-Konzepte. Andererseits werden mögliche Forderungen und Handlungsperspektiven skizziert. Hierbei wird unterschieden zwischen Forderungen im Rahmen des bestehenden Systems – wie umfassende, kostenlose Informationen über angemeldete und erteilte Patente, Prozesskostenbeihilfe und (staatliche) Unterstützung bei Einspruchsverfahren, Verbote bestimmter Patentinhalte etc. – sowie Forderungen/ Handlungsperspektiven, die über den bestehenden Rahmen hinausgehen könnten. Im Zentrum steht die Frage, wie eine Züchtung ohne privatrechtliche Schutzinstrumente organisiert und finanziert werden könnte. Darüber hinaus ist zu diskutieren, wie eine weitere Agrarmodernisierung verhindert und eine Ökologisierung und Regionalisierung der Landwirtschaft erreicht werden könnte.